

"BundOnline 2005 – die nächsten Schritte der eGovernment-Initiative des Bundes"

Brigitte Zypries,

Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern

1 EINLEITUNG

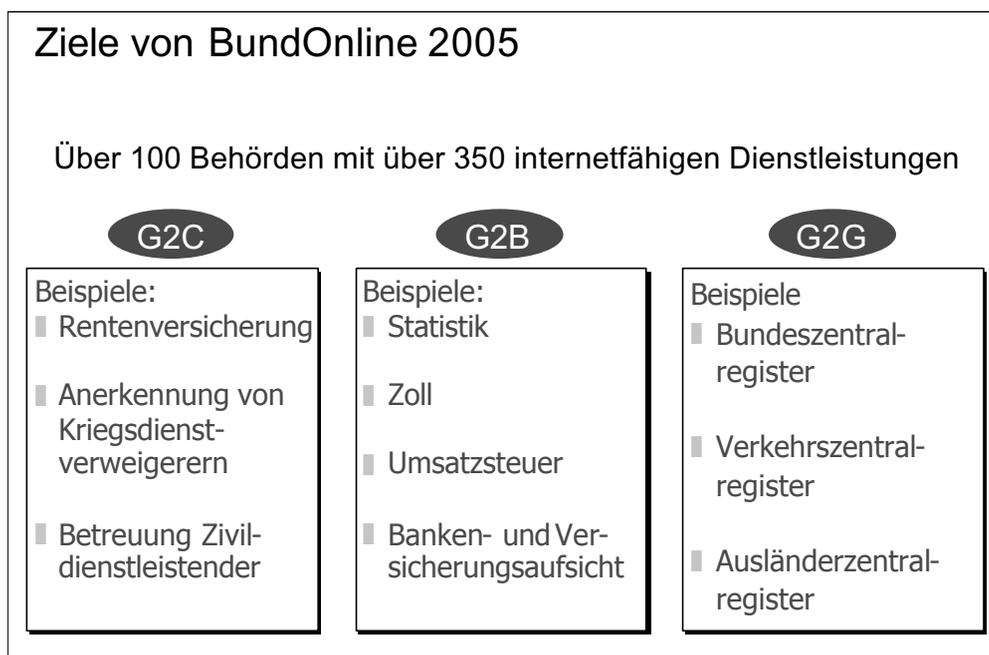
1998 war eGovernment in der Bundesverwaltung nicht mehr als eine Idee. Die Idee, aus starren Behördenstrukturen einen flexiblen und leistungsstarken Dienstleister zu machen, der die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. Das Ziel war es, die Bundesverwaltung fit zu machen für die Zukunft. Heute, im Jahr 2002, ist eGovernment auf Bundesebene Realität geworden. Viele Ministerien und Behörden haben bereits erste Online-Dienstleistungen in ihrem Angebot und an der Umsetzung vieler weiterer Dienstleistungen wird gearbeitet. Die Bundesregierung hat frühzeitig erkannt, welche Vorteile eGovernment für Deutschland bringen kann. Statt langen Schlangen in den Behörden, sollen Dienstleistungen in Zukunft einfach, schnell und kostengünstig erfolgen und sowohl den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, als auch der Wirtschaft entsprechen. Deswegen hat Bundeskanzler Schröder das Thema eGovernment zur Chefsache erklärt und die eGovernment-Initiative BundOnline 2005 gestartet. Die Grundüberlegung dabei ist, die Vorteile der Informations- und Kommunikationstechnik für einen besseren Verwaltungsservice zu nutzen. Dienstleistungen können durch Informationstechnik einfacher, schneller und auch individuell besser zugeschnitten erbracht werden. Informationstechnik sorgt für eine bessere Dienstleistungsqualität.

eGovernment ist eine umfassende Modernisierung, die an sehr unterschiedlichen Bereichen ansetzt und Stück für Stück vorangebracht werden muss. Erste eGovernment-Maßnahmen

sind schon umgesetzt, doch wir denken bereits über die nächsten Schritte nach und erstellen eine Vision, wie eGovernment in der Zukunft aussehen kann.

2 BUNDONLINE 2005 – DIE eGOVERNMENT-INITIATIVE DER BUNDESREGIERUNG

Um zu verstehen, welche Aspekte eGovernment in Zukunft abdecken kann, muss zunächst verdeutlicht werden, wie der derzeitige Stand ist. BundOnline 2005 ist die zentrale eGovernment-Initiative der Bundesregierung. Bis 2005 sollen über 350 Dienstleistungen der gesamten Bundesverwaltung online bereitgestellt werden. Ein sehr ehrgeiziges Ziel, dem wir uns verpflichtet haben – BundOnline 2005 ist das größte eGovernment-Projekt in Europa.



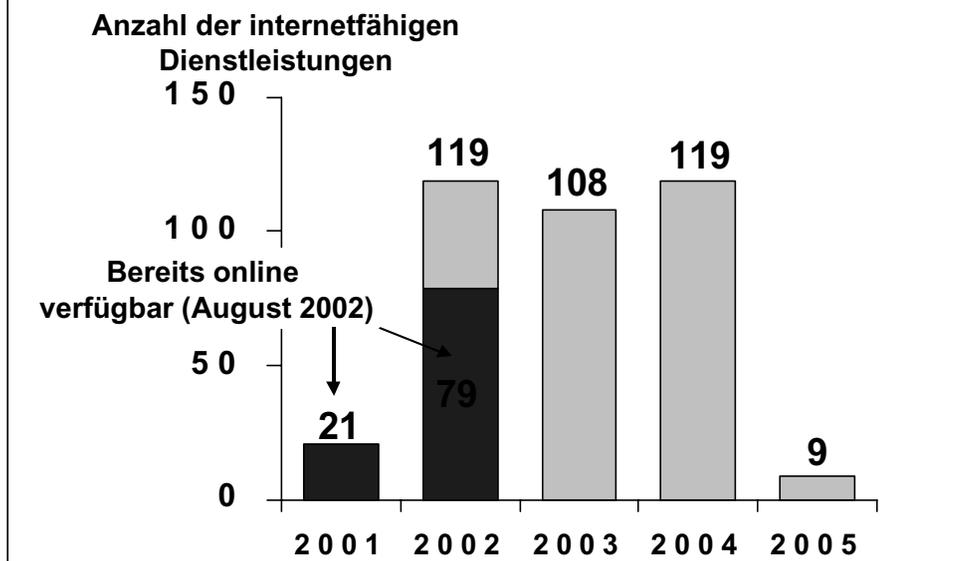
Die Umsetzung von BundOnline 2005 wurde in einem Plan zusammengefasst und im November 2001 vom Kabinett verabschiedet. Der Umsetzungsplan enthält das Portfolio der über 350 Dienstleistungen der Bundesverwaltung und legt fest, zu welchem Zeitpunkt sie

jeweils im Zeitraum bis zum Jahr 2005 online erbracht werden sollen. Der Umsetzungsplan legt auch die wichtigsten technischen Standards und organisatorischen Anforderungen für die Bundesverwaltung fest. Die sogenannten Basiskomponenten werden zentral entwickelt und garantieren so einheitliche Standards für die gesamte Bundesverwaltung. So werden zum Beispiel Formulareserver oder Bezahlssysteme für das Internet, Beschaffungsplattformen oder Verschlüsselungstechniken zentral aufgebaut und von vielen Behörden gemeinsam genutzt werden. Das spart Zeit und Kosten. Und nach jedem Jahr wird Bilanz gezogen und der Umsetzungsplan fortgeschrieben.

3 STAND DER UMSETZUNG VON BUNDONLINE 2005

Die Umsetzung der Dienstleistungen, die im Zuge von BundOnline 2005 zu realisieren sind, ist in vollem Gange. Behörde für Behörde gilt es, durch eGovernment die Dienstleistungsqualität zu verbessern. Die Realisierung der Dienstleistungen erfolgt dezentral in den einzelnen Ministerien und Behörden. Denn nur die einzelnen Behörden sind Spezialisten auf ihrem Gebiet und kennen die Anforderungen ihrer Verwaltungskunden und können ihre Dienstleistungen entsprechend nutzenorientiert anbieten. Das Bundesministerium des Innern kann hierbei unterstützen und hat die zentrale Koordinierung übernommen.

Die Umsetzung liegt im Zeitplan: über 60 Prozent der Dienstleistungen für 2002 sind bereits online

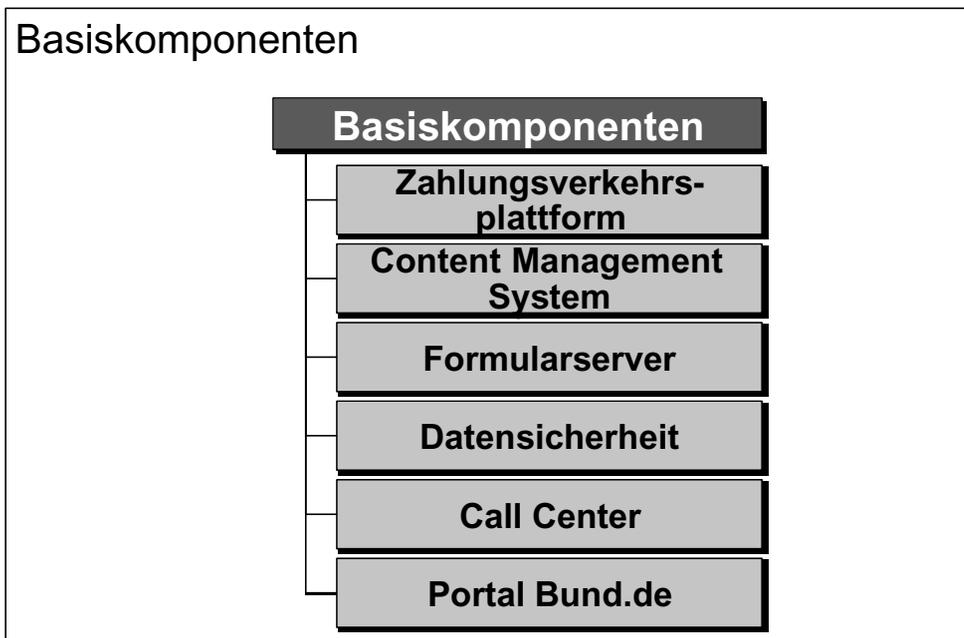


Die Umsetzung von BundOnline 2005 liegt derzeit voll im Zeitplan. Über 60 Prozent der 2002 zu erbringenden Dienstleistungen sind bereits online verfügbar. Die konsequente eGovernment-Politik der Bundesregierung findet international wachsende Anerkennung. Verschiedene Studien belegen, dass Deutschland mittlerweile zu den Top Ten Nationen im weltweiten eGovernment gehört. Die Initiative hat in kurzer Zeit vorzeigbare Online-Dienstleistungen umgesetzt, die international anerkannt werden und eine große Akzeptanz bei der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern gefunden haben.

Im Jahr 2002 werden vor allem die sogenannten Informationsdienstleistungen online gestellt. Die Dienstleistungen, bei denen es um Kommunikation und Transaktion geht, werden größten Teils in den Jahren 2003 und 2004 online erbracht. Und das hat seinen Grund. Unter Federführung des Bundesministeriums des Innern werden vorab zentrale technische Basiskomponenten entwickelt, die alle Behörden gemeinsam nutzen können. Mehr als ein Drittel der Dienstleistungen sind zum Beispiel mit der Bezahlung von Gebühren verbunden. Es ist sinnvoll diese erst dann online anzubieten, wenn zuvor eine

zentrale Bezahlplattform errichtet worden ist. Das macht nicht nur die Inanspruchnahme der Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger komfortabler. Es bringt auch den Behörden erhebliche Effizienzgewinne. Medienbrüche zwischen der eigentlichen Abwicklung der Dienstleistungen und der kassenmäßigen Verbuchung werden so vermieden. Die beiden Vorgänge werden nicht mehr getrennt geführt, sondern als integrale Bestandteile einer Prozesskette elektronisch miteinander verknüpft.

Die Bezahlplattform ist eine der Basiskomponenten, die derzeit aufgebaut werden. Weitere solcher Komponenten sind zum Beispiel ein Formulareserver, ein Call Center, ein Content-Management-System und Datensicherheit.



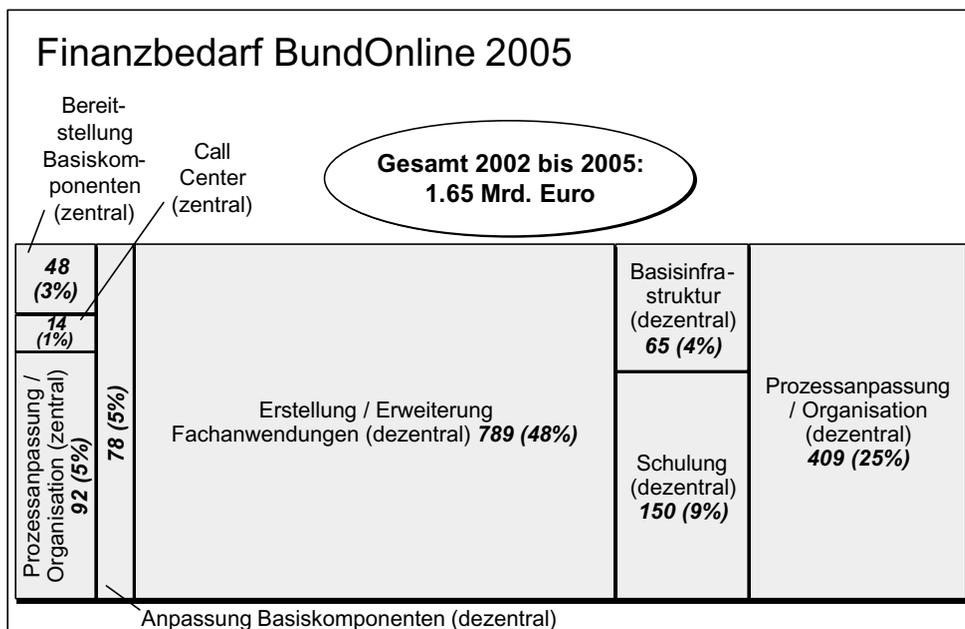
4 FINANZIERUNG VON BUNDOFFLINE 2005

eGovernment soll den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft natürlich nicht nur einen qualitativen Nutzen bringen, sondern auch ganz konkret, durch die Modernisierung und Restrukturierung von Verwaltungsabläufen, Kosten sparen. Deswegen stellt sich die

Frage, ob sich die Investitionen in eGovernment unter dem Strich rechnen. Es ist wichtig, sich von Anfang an Gedanken über die Wirtschaftlichkeit zu machen. Das Verhältnis von Kosten und Nutzen ist nur dann seriös abschätzbar, wenn die Ziele von eGovernment klar sind.

BundOnline 2005, die eGovernment-Initiative der Bundesregierung, hat das Ziel, alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung bis 2005 online zur Verfügung zu stellen. Diese Zielmarke ist aber kein Selbstzweck. eGovernment ist, wie andere staatliche Maßnahmen auch, ein Beitrag zur Stärkung der Infrastruktur in Deutschland. Ein Beitrag zu einer Verwaltung, die mehr leistet und weniger kostet. Und nicht zuletzt auch ein Beitrag, für eine bürgernahe und dienstleistungsorientierte Verwaltung.

Der Finanzbedarf von BundOnline 2005 wird insgesamt 1,65 Milliarden Euro betragen. Der weitaus größte Posten, nämlich 48% der Investitionen, werden zwar für die dezentralen Fachanwendungen und Dienstleistungen in den Bundesbehörden benötigt. Aber immerhin 25% sind für die Anpassung der internen Verwaltungsabläufe an eGovernment vorgesehen und 9% für die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden.



Besonders wichtig ist, dass sich durch eGovernment ein unmittelbarer Vorteil bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft bemerkbar macht, wie folgende Beispiele zeigen:

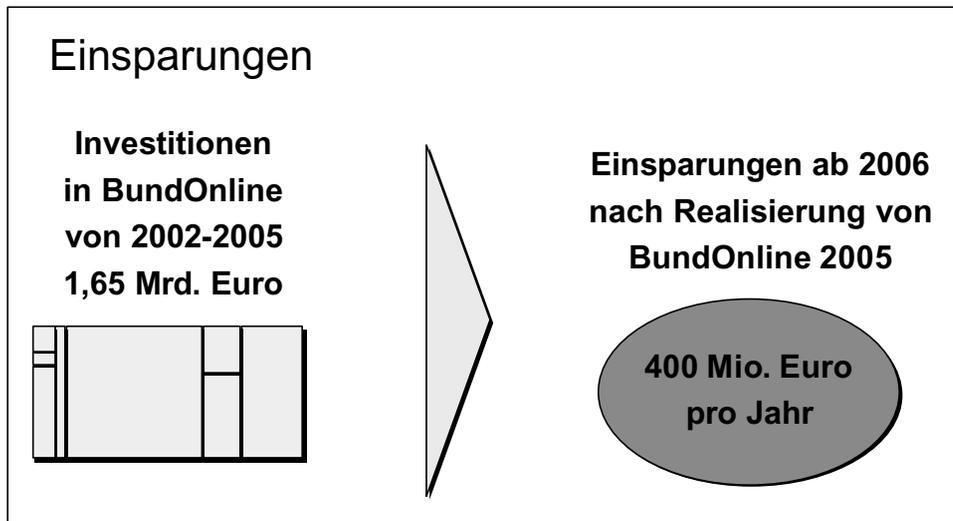
- Statistik- und Steuerpflichten können durch die Wirtschaft nicht nur einfacher, sondern auch kostengünstiger erfüllt werden. Über 14.000 meldepflichtige Unternehmen nutzen inzwischen das Angebot des Statistischen Bundesamtes, ihre Meldungen zur innereuropäischen Handelsstatistik über das Internet zu übermitteln.
 - Mit dem Internet-Service "DEPATISnet" stellt das Deutsche Patent- und Markenamt erstmals sein gesamtes Archiv seit 1977 über das Internet der Öffentlichkeit zur Verfügung. Das sind mehr als 25 Millionen Patentdokumente und jährlich kommen rund eine Million neuen hinzu. Monatlich rund 50.000 Nutzerzugriffe verzeichnet das kostenlose Recherchesystem. Dieser schnelle und unkomplizierte Zugang zu den Patenten ist für sich genommen bereits ein Wettbewerbsfaktor. Ein Wettbewerbsfaktor ist es aber auch, Patente möglichst schnell anzumelden. Deshalb wird als nächster Schritt ein elektronisches Patent-Erteilungsverfahren eingeführt, das jeden Schritt von der Anmeldung bis zur Veröffentlichung online ermöglicht.
 - Es ist auch ein Standortvorteil, wenn Firmen ihre Umsatzsteuer-Identifikationsnummer sofort per Internet überprüfen lassen können. Die Firmen nutzen dieses Angebot intensiv, das sogar über Wap-Handy mobil zur Verfügung steht. Von den über 150.000 monatlichen Anfragen erfolgen bereits über 90% über das Internet. Dies zeigt, dass eGovernment, wenn es unkompliziert gemacht ist, große Akzeptanz findet.
 - Die Zollabfertigung funktioniert durch konsequentes eGovernment deutlich schneller. So können zukünftig beispielsweise Schiffe, die den Hamburger Hafen anlaufen, ihre Zollabfertigung von offener See aus bereits anstoßen und brauchen an Land nur noch die Unterlagen entgegenzunehmen. Auch die Steuerbescheide erhalten die Unternehmen dann elektronisch.

- Die Bundesregierung und die Rentenversicherung ermöglichen es zukünftig allen Versicherten, Anträge auf Rentenversicherungsleistungen bei ihren Versicherungsämtern und Gemeindebehörden elektronisch zu stellen. Im Laufe des nächsten Jahres soll zusätzlich die Möglichkeit geschaffen werden, den Versicherten einen eingeschränkten Online-Zugang auf streng definierte Daten des eigenen Versicherungskontos zu erlauben.

- Die Bundesagentur für Außenwirtschaft ermöglicht, zugeschnitten auf die individuellen Unternehmensinteressen, den Online-Zugriff auf über 60.000 Datenbankinformationen. Kostengünstig und schnell erhalten die Unternehmen hier den Überblick über öffentliche Ausschreibungen ausländischer staatlicher Stellen.

- Das Bundesgesundheitsministerium bietet unter www.drugcom.de ein umfangreiches Informationsangebot zu den Themen Drogen und Sucht. Neben detaillierten Lexika zu legalen und illegalen Drogen, können Jugendliche hier prüfen, wie viel sie über Drogen wissen und ob sie möglicherweise gefährdet sind. Zusätzlich wird die Möglichkeit geboten, online Fragen an Experten zu stellen und sich anonym beraten zu lassen. In verschiedenen Online-Foren können sich Betroffene und Interessierte austauschen.

Nicht nur Bürger und Wirtschaft werden in Zukunft Zeit und Geld sparen. Auch die Verwaltung selbst wird Einsparungen erzielen, die dann wiederum an die Nutzer weitergegeben werden können. Nach vollständiger Umsetzung von BundOnline 2005 werden jährliche Einsparungen von 400 Millionen Euro ab 2006 erwartet.



Anders als die Wirtschaft wird die Verwaltung ihre Dienstleistungen auch immer auf dem konventionellen Weg anbieten. Was sinnvollerweise über das Internet gemacht werden sollte, hängt deshalb auch von den Fallzahlen ab. Es macht einen großen Unterschied, bei einer Dienstleistung 100 Anträge im Jahr zu bearbeiten oder 100.000. Viele der Dienstleistungen der Bundesverwaltung haben sehr hohe Fallzahlen und lassen sich so gut online anbieten. Folgende Beispiele sollen das verdeutlichen:

- 170.000 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung werden jährlich behandelt
- 400.000 Wehrerfassungen werden jährlich durchgeführt
- 50 Millionen Zollerklärungen werden jährlich ausgestellt
- 20 Millionen Fördermaßnahmen werden jährlich durchgeführt
- 500.000 Rentenbescheide werden jährlich erteilt
- 500.000 BAföG-Rückzahlungen erfolgen jährlich
- 60.000 Personalausweise und Reisepässe werden täglich gedruckt

Diese Beispiele zeigen, dass sich die Online-Bereitstellung für den Bund auch hinsichtlich der zu realisierenden Ersparnisse lohnt, wenn man Kosten und Nutzen ins Verhältnis setzt. Ein anderes gutes Beispiel ist die öffentliche Beschaffung.

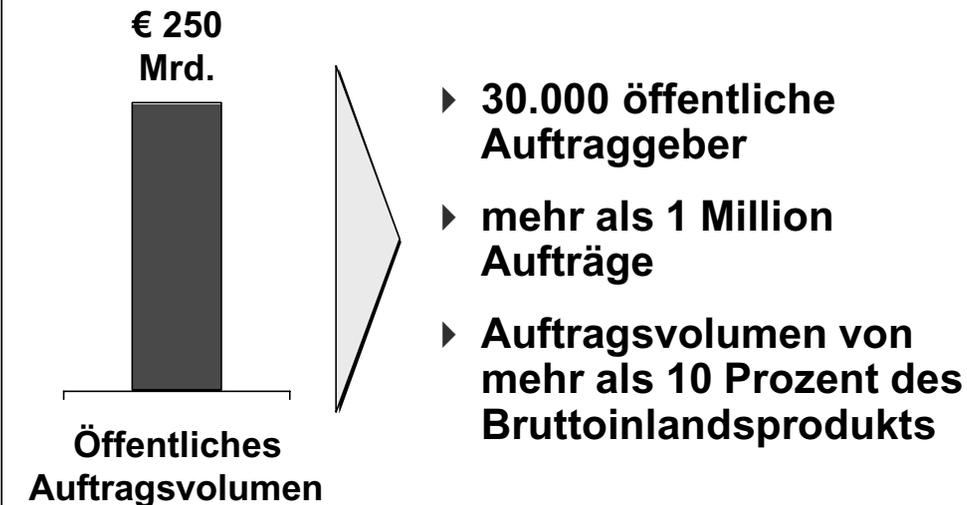
5 BESCHAFFUNG ALS BEISPIEL EINER EGOVERNMENT-ANWENDUNG

Ein Angebot, das bald von vielen Bundesbehörden genutzt werden wird, ist die zentrale Beschaffungsplattform der Bundesverwaltung. Der elektronischen Beschaffung kommt bei der Umsetzung von eGovernment ein zentrale Bedeutung zu. Beschaffung findet in jeder Behörde statt – mehr als eine Million mal jährlich, rechnet man alle 30.000 öffentlichen Auftraggeber aus Bund, Ländern und Kommunen zusammen.

Im Frühjahr 2002 wurde der Startschuss für die erste vollständig elektronische Beschaffung auf Bundesebene gegeben. Damit erhalten nun Bieter aus der Wirtschaft die Möglichkeit, ihre Angebote komplett und rechtsverbindlich ohne Medienbruch über das Internet abzuwickeln. Dadurch entsteht ein ganz neues Spektrum von Transaktionen zwischen Verwaltung und Wirtschaft. Erster Pilotanwender ist das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern. Unternehmen, die ihre Angebote abgeben möchten, benötigen einen PC mit Internetanschluss und eine Signaturkarte mit Kartenlesegerät. Lediglich mit diesen wenigen Komponenten wird die elektronische Beschaffung schon möglich.

Wegen der weitreichenden Anwendungsmöglichkeiten dieser Dienstleistung, ist das Projekt "Öffentlicher Eink@uf Online" zu einem Modellprojekt der Initiative BundOnline 2005 geworden. Teil dieses Projektes ist auch ein Virtueller Marktplatz. Im März 2002 wurde auf der CeBIT der Prototyp dazu freigeschaltet. Auf diesem Marktplatz können die Behörden des Bundes Waren oder Dienstleistungen bei einem gewerblichen Unternehmer bestellen. Wenn das Projekt wie bisher im Zeitplan bleibt, können in einigen Monaten die Behörden per Mausclick Produkte und Dienstleistungen abrufen. Schnell, unbürokratisch und bequem.

Beispiel: Öffentliche Beschaffung



Die Plattform des Bundes hat Bedeutung für die öffentliche Beschaffung auf allen Ebenen der Verwaltung. Bund, Länder und Gemeinden vergeben jedes Jahr insgesamt Aufträge in Höhe von rund 250 Milliarden Euro. Dies entspricht dem Umfang nach mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit ist die Beschaffung von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Mit der elektronischen Abwicklung wird die öffentliche Beschaffung zukünftig effizienter. Das Einsparpotenzial liegt nach Schätzungen bei fünf bis zehn Prozent. Deutliche Ersparnisse bei Prozess- und Transaktionskosten sowie niedrigere Einkaufspreise werden sich so schon bald auf der Haben-Seite bemerkbar machen.

Zu den Gewinnern des Projektes wird aber auch die Wirtschaft zählen, denn parallel zum wachsenden Angebot an eCommerce wird eine gleichwertige Zugangsmöglichkeit zu den Einkaufswünschen der öffentlichen Hand bereitgestellt. Insbesondere der Mittelstand kann mit diesem transparenten und einfachen Verfahren zukünftig erheblich leichter an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen.

6 BUNDONLINE 2005 – DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

Die Umsetzung der Initiative BundOnline 2005 ist in vollem Gange. Bisher wird der Zeitplan der Bereitstellung der Online-Dienstleistung eingehalten. Jetzt heißt es, nächste Schritte zu definieren, um durch eGovernment tatsächlich den Wandel zu schaffen. Wesentliche Bereiche der nächsten Schritte werden sein, die Fortsetzung und der Ausbau der Umsetzung der Dienstleistungen voranzutreiben. Die Einrichtung eines Nutzerbeirates zur bedarfsgerechten Gestaltung der Basiskomponenten. Und, ganz entscheidend, die verstärkte Zusammenarbeit im eGovernment zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Im Folgenden sollen die nächsten Schritte dargestellt werden.

A Bereitstellung weiterer Dienstleistungen

Das Bereitstellen aller internetfähigen Dienstleistungen des Bundes ist die Grundidee von BundOnline 2005. Viele Dienstleistungen stehen bereits online zur Verfügung. An der weiteren Umsetzung wird zielstrebig gearbeitet, so dass die Zeitvorgaben auch erfüllt werden können. In diesem Jahr wird der Bund über 100 Dienstleistungen online bereitstellen. Jetzt geht es aber auch schon darum, die Dienstleistungen, deren Realisierung 2003 ansteht, zu planen und konkrete Umsetzungsprojekte zu starten.

Beispiele für Online-Dienstleistungen



Wir erwarten, dass die Dienstleistungen im kommenden Jahr, sobald sie online bereitstehen, genauso genutzt und akzeptiert werden wie die seit diesem Jahr bereitstehenden Angebote:

- Seit der Einführung des neuen Bildungskredites vor einem Jahr wurde im Bundesverwaltungsamt über 8.000 Anträge online gestellt. Das sind 60% der Anträge insgesamt.
- Der Zoll veräußert auf einer Auktionsplattform beschlagnahmte Waren meistbietend und sorgt so für schnelle Erlöse bei gleichzeitig zurückgehenden Kosten für die Lagerung dieser Güter. Diese elektronische Auktion hat in Kürze beachtlichen Zuspruch gefunden.
- Das Arzneimittelinformationssystem AMIS informiert in täglicher aktualisierter Form in über 125.000 Dokumenten über Arzneimittel und Stoffe. Dabei handelt es sich um zulassungsrelevante Angaben wie Arzneimittelname, die Eingangs-, Bearbeitungs- und

Zulassungsnummer, das anmeldende Unternehmen, das Datum der Zulassung, beschiedene Änderungsanzeigen sowie Informationen, die zur eindeutigen Identifizierung des Arzneimittels notwendig sind. Das Arzneimittelinformationssystem ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie durch eGovernment Informationen aus der großen fachlichen Bandbreite der Bundesverwaltung zu einer gemeinsamen Dienstleistung zusammengefasst werden können. Denn hier werden Daten des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte, des Paul-Ehrlich-Instituts für Sera und Impfstoffe und des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin in einer gemeinsamen Datenbank über das Internet für die Öffentlichkeit erschlossen.

Die drei genannten Beispiele verdeutlichen die Bandbreite der Online-Dienstleistungen. Bis 2005 werden fast wöchentlich weitere Dienstleistungen online gehen.

B Errichtung eines Nutzerbeirates zur bedarfsgerechten Entwicklung der Basiskomponenten

Die Wichtigkeit der Basiskomponenten wurde bereits dargestellt. Die Ministerien und Behörden begrüßen das Konzept der zentralen Bereitstellung dieser entscheidenden IT-Komponenten, da es für sie vorteilhaft ist, auf bestehende und funktionierende Komponenten zurückzugreifen, anstatt sie selbst entwickeln zu müssen. Außerdem soll sichergestellt werden, dass durch einheitliche Standards, die Basiskomponenten kompatibel sind. Wenn man sich jedoch die Vielfalt der Behörden mit ihren ganz spezifischen Aufgabenstellungen anschaut, wird deutlich, dass die Bedarfe auch an technische Komponenten, sehr unterschiedlich sind. Damit die Basiskomponenten so gebaut werden, dass sie zwar einerseits allgemeingültig sind, andererseits trotzdem für alle anwendbar und auch tatsächlich genutzt werden, wird ein Nutzerbeirat eingerichtet. In diesem Nutzerbeirat werden bis zu fünf Behördenvertreter pro Basiskomponente tätig werden, die gemeinsam mit den Verantwortlichen für die Erstellung der Basiskomponenten die Bedürfnisse ermitteln und die Ausarbeitung entsprechend mitgestalten. Das ist auch insofern sinnvoll, als dass einige Behörden schon sehr weit in der Entwicklung solcher technischer Komponenten sind und ihr Wissen vorteilhaft einbringen können.

Durch diesen Nutzerbeirat möchten wir sicherstellen, dass die Basiskomponenten ihren Zweck erfüllen, nämlich einheitliche Standards zu schaffen und moderne IT-Komponenten bereitzustellen, die dann bundesweit eingesetzt und genutzt werden können.

C Verstärkte Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen

eGovernment ist nicht nur eine Aufgabe des Bundes. Auch die Länder und Kommunen können einen sehr hohen Nutzen durch die Online-Bereitstellung ihrer Dienstleistungen erzeugen, denn gerade dort werden die "typischen" Behördengänge getätigt, wie z.B. Kindergeld beantragen oder den neuen Führerschein bestellen. Dabei gibt es viele Dienstleistungen, die der Bund gemeinsam mit den Ländern oder Kommunen erbringt. Deshalb wird die Bundesregierung als einen der entscheidenden nächsten Schritte die Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen verstärken.

Beispiele für Kooperationsprojekte mit Ländern und Kommunen

www.digant.de

www.elster.de

www.bescha.bund.de

Ein Beispiel für eine gemeinsame Dienstleistung von Bund und Kommunen ist das Ausstellen von Personalausweisen und Reisepässen. Ausweise werden zwar bei den Gemeinden beantragt, aber in der Bundesdruckerei zentral hergestellt. Dort werden täglich bis zu 60.000 Personalausweise, Pässe sowie 30.000 Führerscheine gedruckt. Durch das digitale Antragsverfahren DIGANT sind bereits heute die technischen Möglichkeiten vorhanden, um die Ausweise und Führerscheine in der Bundesdruckerei digital herzustellen. Woran es bisher fehlt ist die flächendeckende IT-gestützte Verbindung zu den Landkreisen für Führerscheine sowie zu den Gemeinden für Personalausweise und Reisepässe und von dort zu den Bürgerinnen und Bürgern. Aber immerhin schon mehr als 200 Gemeinden und Landkreise nutzen bereits das digitale Antragsverfahren. Mit diesem eGovernment-Modul lassen sich in den Gemeinden Kosten einsparen und – auch das zeigt das Pilotverfahren – die Bürgerinnen und Bürger erhalten ihre Ausweise eine Woche früher als im herkömmlichen Verfahren. Besonders eindrucksvoll sind die Erfolge bei der elektronischen Führerscheinbeantragung bei den Landkreisen. Die Fahrerlaubnis ist bereits 48 Stunden nach Bereitstellung produziert und an die Behörden ausgeliefert. Möglich ist dieser einzigartige Bürgerservice dadurch, dass Bestellvorgänge elektronisch zusammengeführt werden und die Daten aus dem Antrag auf direktem Wege in das zentrale Fahrerlaubnisregister des Kraftfahrt-Bundesamtes übertragen werden. An diesem Beispiel werden die Vorteile von eGovernment deutlich. Es geht nicht nur einfacher, schneller und kostengünstiger, es werden auch bisherige Fehlerquellen auf Grund uneinheitlicher Datensätze beseitigt. Kein Wunder, dass dieses Angebot auch im Ausland genutzt wird. Island bestellt seine Führerscheine online bei der deutschen Bundesdruckerei – geliefert wird ebenfalls in 48 Stunden.

Ein anderes Beispiel ist ELSTER. Gemeinsam mit den Ländern arbeitet der Bund mit Nachdruck daran, Steuererklärungen internetfähig zu machen. Bei 35 Millionen Lohnsteuerkarten jährlich wird dies zu einer erheblichen Verbesserung für die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber und die Verwaltung führen. Im Rahmen des Projekts ELSTER wurden bisher knapp 700.000 Einkommenssteuererklärungen und über acht Millionen Steueranmeldungen elektronisch übermittelt, mit steigender Tendenz.

Wie die Beispiele zeigen, soll sich die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht nur auf den Informations- und Erfahrungsaustausch beschränken, sondern sie muss auch systematisch die Weitergabe von erfolgreichen Lösungen beinhalten. Die Bundesregierung bietet daher die bereits erwähnte Beschaffungsplattform des Bundes auch den Vergabestellen der Länder und Kommunen zur Nutzung an. Ein solcher Ausbau der Beschaffungsplattform und die breite Nutzung der technischen Lösung auch durch die Landes- und Kommunalverwaltungen bietet für alle Seiten Vorteile. Unwirtschaftliche Doppelentwicklungen in der Verwaltung können vermieden werden. Nicht jede Behörde in Deutschland muss die Beschaffung im Internet neu erfinden. Für zahlreiche kleinere Verwaltungen oder Kommunen würde dies auch finanziell gar nicht leistbar sein.

7 FAZIT

eGovernment ist ein andauernder Prozess, der konstant weiterentwickelt wird. Für die Bundesregierung ist eGovernment auch eine Vision von einer besser funktionierenden Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft größtmöglichen Nutzen bietet. Deswegen möchten wir uns nicht auf den ersten Erfolgen ausruhen, sondern konstant daran arbeiten, eGovernment auszubauen. BundOnline 2005 war und ist der erste entscheidende Meilenstein, um eGovernment flächendeckend in Deutschland zu etablieren. Jetzt gilt es, in dieser Geschwindigkeit weiterzumachen, die Ziele von BundOnline 2005 zu erfüllen, weiterzudenken und die nächsten Schritte anzugehen.